

Die „Arbeit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus von den zahlreich in Genf versammelten Vertriebsstellen über den Postweg M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche Vorkaufsstellen Bestellungen entgegen. Unter Beifügung des für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—

Die neugegründete Nonparteiliche oder deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Sorge um Oberschlesien

Schwierige Arbeit in Genf

Der Völkerbundsrat hält sich über seine Verhandlungen noch immer in Schweigen, und gegenüber den Meldungen, von denen zahlreich in Genf versammelten Vertriebsstellen über den Postweg M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche Vorkaufsstellen Bestellungen entgegen. Unter Beifügung des für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—

Mit dieser Situation beschäftigt sich eine Rede, die der Reichszentralrat Dr. Wirth in Offenburg gehalten hat. Er führte aus, daß wir zeigen müßten, wie ernst es uns um den Wiederaufbau sei, weil wir nur dadurch das Vertrauen der Welt wieder erwerben könnten. Nicht nur wir, sondern auch die Völker, die zu den Siegern zählen, hätten mit den größten wirtschaftlichen Sorgen zu kämpfen. Deutschland habe alles getan, was zu erfüllen war, jetzt müßten auch die Alliierten für die Aufhebung der militärischen Sanktionen Sorge tragen. Ueber die oberschlesische Frage führte dann der Reichszentralrat aus:

Ich bin sehr besorgt um das Schicksal dieses Landes. Ich weiß nicht, ob ein Gesinnungswandel bei den Alliierten eingetreten ist oder ob man etwa Lust verspürt, ein neues Land im Osten zu konstruieren, über das in Deutschland noch nach Jahrzehnten getrauert werden würde. Heute noch wäre eine Verständigung mit dem polnischen Volk möglich. In Warschau hat jedoch die Vergrößerungswut die Geister verblendet, und das polnische Volk geht dazu über, sich mit dem deutschen Volk zu verfeinden, nachdem es sich die Rußen zu Todefeinden gemacht hat und obwohl in Litauen und Galizien der Kampf noch nicht abgeschlossen ist. Soll zwischen das deutsche Volk und das polnische Volk ein verpeitender politischer Leichnam gelegt werden? Der Gedanke an eine solche Konstruktion sollte die Politiker aller Länder abhalten, den Schritt zu tun, dem deutschen Volk deutsches Land, das jahrhundertlang zu uns gehört hat, durch ein Diktat zu rauben. Das deutsche Volk weiß nichts Amiliches über die Stimmung im Völkerbundsrat, aber enttäuscht man Deutschland nicht! Gerade nicht um des demokratischen Prinzips in Europa willen. Das deutsche Volk, das guten Willens ist, ein Reich der Freiheit und Gerechtigkeit, ein Reich des Friedens mit allen Völkern mit eigener Hand unter größten Opfern aufzubauen, darf nicht enttäuscht werden. Eine Enttäuschung wäre schmerzhaft nicht nur für die Führung der Politik und ihre großen Ziele der Völkerverständigung und Völkerverständigung, nicht allein um der deutschen Regierung, um des Schicksals Europas willen.

Der Reichszentralrat warnte dann davor, das deutsche Volk in zwei Lager zu spalten. Nur die Zusammenziehung aller Kräfte, auch des Besiegten, könne uns wieder aufwärts führen. Dr. Wirth streifte auch die Verhandlungen mit den Vertretern der Industrie, des Handels und der Banken. Er sei durchaus damit einverstanden, daß jene Kreise, die dem deutschen Volk helfen wollten, auch mit der Verantwortung trügen an der Führung der Regierungsgeschäfte. Aber täuschen dürfe man das deutsche Volk nicht. Das Angebot müsse Wirklichkeit werden.

Die wirkliche Welt redet eine ganz andere Sprache, als sie der Reichszentralrat zu hören wünscht. Die Trennung des deutschen Volkes in zwei Lager braucht nicht erst herbeigeführt werden, sondern sie ist schon da. Besitz und Arbeit stehen sich als zwei unversöhnliche Gegner gegenüber, und hier hilft kein Appell an moralische Gefühle, an patriotische Tugenden und ähnliche Dinge, sondern es muß hart zugegriffen werden. Das Unglück des deutschen Volkes ist das Glück der kapitalistischen Kreise; je schlechter der Stand der deutschen Mark wird, je mehr die Preise für alle Lebensbedürfnisse in die Höhe gehen, desto größer werden die Profite des Kapitals. Deshalb muß der Kampf gegen den Egoismus der besitzenden Klassen aufgenommen, sie müssen gezwungen werden, nach dem vollen Ausmaß ihrer Leistungsfähigkeit zu den Lasten des Reiches beizutragen. Wollte man auf ihren guten Willen vertrauen, und ihnen dafür noch politische Belohnungen in Aussicht stellen, so würde das deutsche Volk erst recht der Verelendung überliefert werden.

Gegen ein neues Esch-Lothringer

Das englische Parlamentsmitglied Kennworthy schreibt in einem Briefe an die Times, das oberschlesische Problem sei heute ebenso wichtig, wie jedes andere Problem, denn von einer richtigen Lösung der oberschlesischen Frage hänge die wirtschaftliche Lage

Europas ab und damit verknüpfe sich die Hoffnung auf ein Wiederaufleben des englischen Handels. Ein neues Esch-Lothringer könnte hier mit ähnlichen Ergebnissen geschaffen werden. Es gehe das Gerücht, daß Oberschlesien jetzt doch geteilt werden und daß eine politische und eine wirtschaftliche Grenzlinie gezogen werden solle. Nichts sei weniger durchführbar. Jede Teilung Oberschlesiens würde ein wirtschaftliches Verbrechen sein, nicht nur gegen die Provinz selbst und gegen Deutschland, sondern auch gegen Polen und das übrige Mitteleuropa. Das mindeste, was der Völkerbund tun könne, sei, die Bewohner Oberschlesiens erst zu befragen. Die Mehrzahl der Bevölkerung sei gegen eine Teilung, sie wisse, daß sie den Ruin bedeuten würde. Die ursprüngliche Abstimmung in Oberschlesien sei vorgenommen worden unter der Voraussetzung, daß die Bevölkerung darüber abstimmen solle, ob die gesamte Provinz an Deutschland oder an Polen fallen solle. Die ganze Welt wisse, daß, wenn die Abstimmung eine polnische Mehrheit ergeben hätte, die gesamte Provinz an Polen gegeben worden wäre. Nicht fünf vom Hundert der oberschlesischen Bevölkerung würden für eine Teilung stimmen haben. Bevor man daher Oberschlesien teile, müsse eine neue Abstimmung über die Frage der Teilung stattfinden. Kennworthy schließt sein Schreiben mit den Worten: Die Welt braucht Frieden und Produktion, aber sie braucht auch noch mehr, nämlich einen wirklichen Völkerbund. Wenn man dem Völkerbund gestatte, in der oberschlesischen Frage einen Rarren aus sich zu machen, dann würde er ebenso in Mißkredit kommen, wie der Oberste Rat.

Eine versöhnliche Rede

Briand über die deutschen Zahlungsverpflichtungen

Der französische Ministerpräsident hat zur Einleitung der parlamentarischen Session eine Rede gehalten, die eigentlich sein Regierungsprogramm enthalten soll, in Wirklichkeit aber gerade die schwierigsten Probleme entweder gar nicht oder nur in all-gemeinen Redewendungen behandelt. Er führte aus, daß seine Aufgabe bisher darin bestanden habe, den Frieden für Frankreich sicherzustellen, und daher habe es auch Konzessionen machen müssen. Bei der Ausführung des Friedensvertrages sei er gezwungen gewesen, im vollen Einverständnis mit den Alliierten zu handeln. Man solle an seinen Handlungen nicht nur Kritik üben, sondern auch die Befehle von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, mit der der schlechte Wille des deutschen Militarismus befestigt worden sei, auf das Attentat blicken. Seitdem habe Deutschland gewissenhafter als in der Vergangenheit seine Verpflichtungen erfüllt. Frankreich werde nach Washington gehen, aber es müsse gerüstet bleiben, solange seine Sicherheit nicht gewährleistet sei. Die französische Regierung habe Vertrauen zu der gegenwärtigen deutschen Regierung.

Zu den wirtschaftlichen Fragen, die der Friedensvertrag aufgeworfen habe, bemerkte Briand, die Forderung an Deutschland habe, nachdem sie einmal festgestellt worden sei, einer Zahlung entsprochen, die alle Voraussetzungen überschreite. Die Zahlungsverpflichtung Deutschlands betrug 123 Milliarden Goldmark. Sie habe zur Zeit der Festsetzung einer Summe von 250 Milliarden Papiermark entsprochen. Vor einem Monat sei sie auf 2600 Milliarden, heute auf 4000 Milliarden Papiermark angewachsen. So änderten sich die Zahlungsmöglichkeiten. Wie könne man da sagen, daß Frankreichs Forderung verstümmelt wurde! Die Wahrheit sei, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Abhängigkeit der Völker von einander die Notwendigkeit ergebe, die Schwankungen des Wechselkurses zu ertragen. Die Völker, deren Wechselkurs am höchsten sei, landen in ihrem Reichtum selbst die Ursache der Verarmung, während Deutschland — das sei zwar paradox, weil es befestigt worden sei — gerade in dem schlechtesten Stand seiner Mark die Bedingung finde, die seine wirtschaftliche Konkurrenz auf dem Weltmarkt begünstige. Angesichts einer solchen Lage müßten die Großindustriellen und die großen Finanzleute der Welt das Bedürfnis fühlen, solidarisch zu sein im Interesse aller Länder, da die Lage niemals das völlige Gleichgewicht wieder erlangen könnte, wenn die Weltsolidarität nicht hilfreiche Hand biete.

Man wird sich erinnern, daß der englische Premierminister vor kurzem das gleiche Thema behandelt und ebenfalls zum Ausdruck gebracht hat, daß nur die Solidarität aller Völker die Weltwirtschaftskrise überwinden könne. Es ist immerhin schon ein Fortschritt, wenn die führenden Politiker der Entente ihre Politik nicht lediglich mehr auf die Gewalt ausbauen wollen. Vorläufig aber haben sie aus der Feststellung der wirtschaftlichen Tatsachen noch nicht die entscheidenden Schlussfolgerungen gezogen. An der Arbeiterklasse der ganzen Welt liegt es nun, die Regierungen zu zwingen, nicht nur versöhnliche Reden zu halten, sondern ihnen auch entsprechende Taten folgen zu lassen. Das Proletariat weiß ganz genau, daß es die Rettung aus seinem jetzigen Elend nicht von dem guten Willen der Großindustriellen und der großen Finanzleute erwarten darf, sondern daß es seine eigene Kraft einlegen muß, wenn es sein Ziel, die Verwirklichung der sozialistischen Forderungen und damit die wirkliche Herstellung des Völkerfriedens, erreichen will.

Das Ende der schwedischen Hilfslieferung. Der letzte Rücktransport von deutschen und österreichischen Kriegsgeldern, etwa 500 an Zahl, ist von Stockholm abgegangen.

Gemeinde und Staat

Von Alfred Hente, Bremen

So faßt das Wort von der „einen reaktionären Masse“ aller Gegner des Sozialismus ist, weil es die Gegensätze zwischen ihnen verdeckt und die Arbeiter hindern kann, diese Gegensätze für sich auszunutzen, so sehr suchen es doch die bürgerlichen Parteien und Interessengruppen gegenwärtig wahrzumachen. Es genügt, zum Beweise dafür auf die Freistaaten Sachsen und Braunschweig hinzuweisen, wo das Bürgertum in geschlossener Gegnerschaft zu den rein-sozialistischen Regierungen steht. In Sachsen haben sämtliche bürgerlichen Parteien vor einigen Tagen Sturm gegen die Regierung gelaufen, weil sie begonnen hat, an Stelle von unzuverlässigen Beamten zuverlässige in wichtige Verwaltungsämter einzusetzen.

Die Bureaucratie war eine der sichersten Stützpfeiler von Gemeinde, Staat und Reich zur Zeit der Monarchie und des Militarismus. Sie ist heute eines der zähesten Hemmnisse auf dem Wege zur weitgehenden demokratischen Selbstverwaltung. Einem möglichst großen Einfluß auf die Verwaltung in Gemeinde und Staat zu erlangen, ist eines der Ziele unserer Politik.

Leider haben die Arbeiter die große Bedeutung dieses Zieles und den Umfang ihrer Macht, es zu erweitern, noch immer nicht erkannt. Sie können und müssen von ihren Gegnern lernen, wenn sie sehen, wie diese — wie kürzlich im sächsischen Landtage — ihre bisherigen Machtpositionen mit Rägeln und Zähnen verteidigen. Mit den gleichen Hartnäckigkeit und Klarheit des Willens, mit der die Bourgeoisie die in langen Jahrzehnten unerschütterten Befestigungen ihrer politischen Macht verteidigt, muß das Proletariat befreit sein, sie zu erobern. Wahlen, wie die am 16. Oktober, sind eines der Mittel dazu.

Mehr noch wie in den einzelnen Staaten tritt in den Gemeinden vielfach das Bürgertum in Einheitsfront den sozialistischen Arbeitern gegenüber. Mit welchen Erfolgen, zeigt der für die Arbeiter ungünstige Ausfall der Stadtverordnetenwahlen in Gotha und Stendal. Wo die Arbeiter sich aber ihrer Aufgabe gewachsen zeigten, da siegen sie trotz ihrer Spaltung glänzend über die bürgerlichen Gegner: Siehe Freital in Sachsen, wo vor wenigen Tagen die Bürgerlichen 10, die sozialistischen Stadtverordneten aber 26 Stadtverordneter ernannten. Arbeiter Berlins, Freital sei am 16. Oktober euer Vorbild!

Neben Paris, London, Wien und New York ist Berlin eine der Riesengemeinden auf der Erde. Mit seinen vier Millionen Einwohnern hat es weit schwierigere und großartigere Verwaltungsaufgaben zu erfüllen, als zahlreiche kleine Staaten. Auf die Berliner Gemeindeverwaltung einen unerschütterlichen und überragenden Einfluß zu gewinnen, ist von höchster Wichtigkeit für den Befreiungskampf aller gegen Lohn und Gehalt frönden Frauen und Männer. Ein proletarischer Sieg in Berlin am 16. Oktober wird zur unwiderstehlichen Triebkraft für andere proletarische Siege, nicht nur bei Stadtverordnetenwahlen. Längst könnte und müßte der Einfluß des Proletariats auf die Gemeindeverwaltungen ein weit größerer sein, als er tatsächlich ist. Ihn zu erlangen, hinderte früher das Wahlrecht; die Revolution brachte aber das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen. Wer, aus welchem wichtigen Grunde immer, keinen Gebrauch davon macht, ist nicht wert, daß er dieses wichtige politische Recht besitzt. Der Nichtwähler ermuntert alle Reaktionenäre, es zu befechtigen.

In den Städten über 50 000 Einwohner bilden meistens die Arbeiter die Mehrheit der Bevölkerung. Gleichwohl haben nach einer Aufzählung des Städtetages erst in 44 solchen Städten die sozialistischen Parteien die Mehrheit der Stadtverordnetenmandate in ihrem Besitz. Was es bedeutet, daß die Arbeiterschaft noch immer nicht weiß, was sie politisch zu tun hat, zeigt aufs deutlichste jede Tagung, wie die des Reichsstädtetages, die kürzlich in Dresden stattfand. Der sozialistische Einfluß war verschwindend gering und konnte deshalb nicht im mindesten hindern, daß die kommunale Bureaucratie vom alten Schlag in allem obenrauf war. Der sächsische Gemeindevorstandertag wird hoffentlich bald zeigen, wie es in Wirklichkeit anders, nämlich besser und ehrenhafter für die Arbeiter sein kann.

Gemeinde und Staat unterscheiden sich wesentlich voneinander. Während der Staat in der bürgerlichen Gesellschaft überwiegend Herrschaftsinstrument zum Besten des kapitalistischen Profits ist, sind den Gemeinden die wichtigsten kulturellen Aufgaben überwiesen, die der Staat vernachlässigt. An der Lösung der vielfachen kulturellen Aufgaben ist aber keine andere Klasse so sehr interessiert als die Arbeiterklasse. Wie immer die kommunale Verwaltung später einmal organisiert werden mag, gegenwärtig ruht sie auf demokratischer Grundlage. Das bedeutet, daß die Arbeiter den stärksten Einfluß auf sie erlangen können. Nicht nur zum Besten der Hebung ihrer Lebenslage, sondern auch im Gegensatz zum Staat. Schon vor über 20 Jahren

brachte ein internationaler Sozialistenkongress diese Erkenntnis in einer Resolution zum Ausdruck. Unter „Gemeinschaftssozialismus“, heißt es in dieser Resolution (des Pariser Kongresses von 1900), kann nicht ein besonderer Sozialismus verstanden werden, sondern lediglich die Verlegung der allgemeinen Grundsätze des demokratischen Sozialismus auf ein besonderes Gebiet der politischen Tätigkeit.“ Die Sozialisten müssen sich auf allen Gebieten der Gemeindevverwaltung betätigen; nicht nur deshalb, weil die Gemeinde ein fruchtbringendes Feld zur Betätigung in ökonomischen Fragen ist, sondern auch ein vortrefflicher Stützpunkt der Sozialisten gegenüber der Zentralgewalt im bürgerlichen Staate sein kann.“

Gegenwärtig können wir beobachten, wie die in erster Linie im Interesse der Bourgeoisie tätige kommunale Bürokratie der alten Art die Gemeinden als Stützpunkte gegenüber dem Reich zu nutzen sucht, wie umgekehrt das Reich sich während des Krieges bekanntlich durchaus auf die Gemeinden stützte. Da muß die Arbeiterschaft nicht nur wachsamem Auge die Tätigkeit der kommunalen Bürokratie verfolgen, sie muß vielmehr trachten, diese aus dem Sattel zu heben, um selbst von den Gemeinden aus einen größeren Einfluß auch auf die sogenannte „hohe Politik“ zu gewinnen.

Vor allem ist es notwendig, daß die Arbeiterklasse, nachdem sie die Macht erobert haben wird, auch über die Kräfte verfügen kann, deren sie bedarf, um die ihrer dann harrenden gewaltigen Verwaltungsaufgaben lösen zu können. Eine bis in die kleinsten Einzelheiten reichende Arbeitsteilung hat der Bürokratie in Gemeinde und Staat eine so gewaltige Macht gesichert, daß sie allen Ernstes meint, unerschütterlich und deshalb unentbehrlich zu sein. Sie wird eines anderen belehrt werden. Aber das wird Zeit und schwere Kämpfe kosten. Deshalb darf nicht gesäumt werden, überall, wo es nur möglich, den Hebel anzusetzen, jene Macht zu lockern, zu mindern und zu zeigen, daß wenn der Arbeiterschaft auch der Zugang zur öffentlichen Verwaltung vielfach und aus leicht erkennbaren Gründen verweigert war, sie dennoch in ihren gewaltigen Organisationen sowie in Verwaltungskunst erlernt hat, daß sie ernsthaft daran denken darf, die gegenwärtige Bürokratie nicht nur beseitigen, sondern auch ersetzen zu können. Es gilt am 16. Oktober, die sozialistische Mehrheit zu erringen, die zu verhindern alle Bürgerlichen heißt bemüht sind, wie sie sie zu beseitigen kein Mittel gescheut haben. Die Arbeiter bilden die große Mehrheit der Bevölkerung Berlins. Es wäre eine Schande für die Arbeiter, wenn ihre Gewählten nach dem 16. Oktober nicht auch die Mehrheit der Gemeindevertreter bilden würden. „Werden sie aber zur Mehrheit, dann verwandeln sie die Gemeinde selbst“, nach einem Worte Rosa Luxemburgs, „in ein Kampfmittel gegen die bürgerliche Zentralgewalt“, sofern diese reaktionär ist, statt kulturfördernd zu sein.

Keine Verschiebungen nach dem Ausland

Um die Aufmerksamkeit davon abzulenken, daß die Ursache der Preissteigerung für Getreide und Kartoffeln in den hohen Forderungen der landwirtschaftlichen Erzeuger zu suchen ist, haben jene Kreise dauernd behauptet, daß Getreide und Kartoffeln im großen Umfange über die Grenzen verschoben werden. Solange der Inlandspreis niedriger war als der Weltmarktpreis, war dazu gewiß ein Anlaß vorhanden. Damals verdienten die Schieber Riesensummen, wenn ihnen ein solcher Betrag gelang. Jetzt aber sind die Preise im Inland bekanntlich höher als im Ausland. Und selbst eine Verschiebung von Getreide oder Kartoffeln nach Polen ist nicht lohnend, weil trotz der Entwertung der polnischen Mark nur etwa sechzig deutsche Mark für einen Zentner Roggen gelöst würden.

Ueber die Haltung der Regierung in dieser Frage teilt das Reichsernährungsministerium mit, daß die Ausfuhr von Getreide, Mehl und Kartoffeln ins Ausland grundsätzlich nicht genehmigt wird. Ausnahmen im gewissen Inlandsinteresse sind schädigenden Umfang für Saatgut, sowie für im Bedarfsverehr hergestelltes Mehl werden nur unter bestimmten Sicherungsmaßnahmen gemacht. Um Verschiebungen von Ge-

treide und Mehl und Kartoffeln ins Ausland zu verhindern, sind die Kontrollstellen noch zu besonderer Aufmerksamkeit angehalten worden. Privatpersonen bekommen Ausfuhrscheine überhaupt nicht in die Hand. Wirtschäften über mutmaßliche Verschiebungen von Getreide und Kartoffeln ins Ausland sind den Reichs- und Landesbehörden in großer Zahl zugegangen. Derartigen Anzeigen ist grundsätzlich nachgegangen; es hat sich jedoch in keinem einzigen Falle eine greifbare Anzahl dafür ergeben, daß derartige Ausfuhr zum Zwecke der Verschiebung ins Ausland erfolgt sind oder zu solchen Verschiebungen geführt haben; vielmehr hat sich stets herausgestellt, daß solche Anzeigen aus gut gemeinter, aber unbegründeter Besorgnis erstattet worden sind.

Knüppel-Kunzes Partei

Hergt — der Judenknecht

Die neueste Parteigründung, die Deutsch-Soziale Partei, des Knüppel-Kunze, die auch bei den Staderordnetenwahlen mit einer eigenen Liste hervortritt, hielt am Sonnabend und Sonntag ihren ersten Parteitag im früheren Herrenhause ab. Knüppel-Kunze hielt das Referat. Er zeichnete die Stellung seiner Partei von den Deutschnationalen scharf ab. Auch bei der bisher äußersten Rechten sah er den Einfluß des jüdischen Kapitals, was von der Versammlung mit stürmischen „Sehr richtig“ bestätigt wurde. Kunze verlangte die Ausweisung aller seit dem 1. August 1914 eingewanderten Juden, die Stellung der in Deutschland verbleibenden Juden unter Fremdenrecht und Einführung einer Höchstzahl bei der Besetzung öffentlicher Ämter und bei der Zulassung zu den Hochschulen für die Juden. Gebt und laßt den Juden nur was sie mitgebracht haben. Dies nannte Kunze eine Lösung der Judenfrage durch geistige Waffen. Dann rechnete er mit dem deutschnationalen Führer Hergt ab, der auf dem Münchener Parteitag durchblicken ließ, als ob die Deutschvölkischen die Schuld an der Ermordung Erzbergers hätten. Den aus der Versammlung erlösenden Zwischenruf: „Hergt ist ein Judenknecht“ lehnte Kunze zwar ab, wies aber die erwähnte Andeutung Hergts als eines Parteiführers unwürdig zurück. Den Tod Erzbergers bezeichnete Kunze als längst verdient und meinte unter stürmischem Beifall, daß Erzberger längst als Verräter an die Wand hätte gestellt werden müssen.

Den Streit um die Staatsform bezeichnete Kunze einstweilen als nebensächlich. Als er „den Unstun“ abloht, daß seine Partei Wilhelm II. aus Holland zurückholen wollte, gab ihm die Versammlung mit dem entrüsteten Ruf „Nicht den Judenlaiser“ recht. Das alte Kaiserreich habe Deutschland ja ins Elend geführt. „Weil es verjudet war“, sekundierte es im Saal.

Nach Kunze entwickelte ein Diplomandwit das neue Agrarprogramm der Deutsch-Sozialen mit allen Forderungen anderer Parteien.

War Knüppel-Kunze schon knotig-antisemitisch, so übertrafen ihn jedoch die Disquisitionsredner durchweg. „Wer vom Juden kriecht, kriecht daran“, stellte ein Redner fest und fuhr dann fort: „Darüber kann der Kaiser in Holland nachdenken, denn er führte den jüdischen Regierungskurs in Deutschland ein.“

Wie dieser Bericht erkennen läßt, besteht zwischen Knüppel-Kunze und den Berliner Deutschnationalen, mit ihrem Judenstarrer Koch an der Spitze, durchaus kein Unterschied. Und gemeinsam mit diesen Leuten nennen die angeblichen Demokraten gegen die sozialistische Mehrheit Berlins an. Es bestätigt sich doch die alte Erfahrung, daß wenn der Geldbeutel in Gefahr ist, Juden und Judenfeinde sich leicht zusammenfinden.

Ein Wulleschwindel

Das Blatt des Herrn Wulle brachte am Sonnabend abend in sensationeller Aufmachung eine Nachricht, in der behauptet wurde, daß aus der sogenannten Ludendorffspende 100 Millionen für sozialdemokratische Wahlzwecke verausgabt worden seien. Im Anschluß daran wird eine Untersuchung durch den Reichstag gefordert unter Hinzuziehung der nationalistischen Offiziers- und Soldatenverbände. Zu dieser Meldung, deren Verlogenheit sofort erkennbar war, teilt jetzt das Reichsarbeitsministerium mit, daß die unter dem Namen Ludendorffspende ausgebrachten Mittel gar nicht nach Berlin oder an eine Zentralstelle gesendet sind, sondern in den Ländern und Provinzen verstreut, in denen sie gesammelt

wurden. Sie werden von den Hauptfürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge zur Ergänzung der staatlichen und kommunalen Fürsorge für die Kriegsbeschädigten verwendet. Die Organisationen der Kriegsbeschädigten wirken bei der Verteilung mit. Ueber die bisherige Verwendung der aufgebracht Mittel wird in den Zeitschriften der Kriegsbeschädigtenfürsorge laufend berichtet. Es handelt sich, wie das Reichsarbeitsministerium feststellt, um eine aus niedrigen Motiven geborene verleumdende Beschuldigung, die den Stempel der Unwahrheit an der Stirn trägt, wenn behauptet wird, die Gelder seien für andere Zwecke verwendet worden.

Die Görlitzer Taktik

Ein Urteil der holländischen Sozialisten

In einer Betrachtung über den Görlitzer Beschluß schrieb der „Vorwärts“ vor einiger Zeit unter anderem folgendes:

Wenn man unbekümmert darum, was daraus wird, an der goldenen Freiheit der Opposition festhält, hat man es leicht, über den Jaun Steine auf diejenigen zu werfen, die sich mit der praktischen Lösung praktischer Fragen mühsam abquälen. Aber damit kann man höchstens agitatorische Augenblitzserfolge erzielen, nicht aber auf den Gang der Dinge selbst mitentscheidenden Einfluß nehmen.

An diesen Satz knüpft das Organ der holländischen Sozialisten „Het Volk“ einige sehr zutreffende Bemerkungen:

Für die rechtssozialistische Auffassung, so schreibt es, ist diese Darstellung mehr als bezeichnend. Die Ausübung von politischem Einfluß wird nach ihr ausschließlich durch die Einnahme von Regierungssesseln möglich gemacht, und alle parlamentarische Opposition wird einer bequemeren aber unfruchtbareren Kritik gleichgestellt. Das widerspricht nicht nur der bekannten Erfahrung aller politischen Parteien, sondern auch den Tatsachen aus der jüngsten parlamentarischen Geschichte von Deutschland. Entscheidenden politischen Einfluß hat die Unabhängige Partei außerhalb der Regierungen, während die sozialistische Partei außerhalb der Regierungen keine politische Rolle spielt. Die Unabhängigen sind in der Lage, die Annahme des Ententesultimatus zu sichern, und es unterliegt keinem Zweifel, daß sie auch fernerhin bei der Behandlung der großen Fragen, insbesondere bei der des Steuerprogramms, derselben Taktik folgen wird, wenn es sich herausstellt, daß das Kabinett Witth den Unterstützung von links her den Vorzug gibt.

Daß der Zweck der von der Unabhängigen Fraktion gerichteten Aufforderung in der Tat darauf hinausläuft, freie Bahn für eine Verständigung mit der Volkspartei zu erhalten, ist eine Auffassung, die nicht allein vollkommen in die allgemeine Sinnesrichtung der Führung der Mehrheitspartei paßt, sondern die auch mit verschiedenen Äußerungen der rechtsstehenden Presse gestützt werden kann. Von vornherein will man die Unabhängigen für das Entstehen eines Zustandes veranwortlich machen, in dem das Zusammengehen mit den Nationalliberalen der einzige Ausweg sein soll. Der Vorwärtsredakteur geht soweit, der Widerheitspartei nachzuliegen, daß es ihre Politik der Enthaltung ist, die die Mehrheitspartei gezwungen habe, nach der anderen Lösung zu suchen. Daß die Mehrheitspartei eine Regierungspartei in dem Vorhandensein einer sozialistischen Gruppe außerhalb der Regierung eine starke Hilfe gegenüber den bürgerlichen Parteien innerhalb und außerhalb der Koalition finden kann, ist eine Wahrheit, die in diesen Betrachtungen vollständig außer acht gelassen wird. In der Taktik der Unabhängigen, die sich bereit erklärt haben, alle ehrlich demokratischen Bestrebungen des Kabinetts Witth zu unterstützen, nur eine Politik der Enthaltung setzen zu wollen, ist mehr als unbillich. Es läßt erkennen, daß man noch immer blind ist für das große Unheil, das der eigene „bestimmende Einfluß“ und „die aufbauende Arbeit“ über das deutsche Volk gebracht haben.

Wenn wir uns gegenwärtig halten, daß die holländischen Sozialdemokraten mit den deutschen Rechtssozialisten in derselben Internationale vereinigt sind, werden wir die Bedeutung dieser Kritik wohl zu würdigen wissen.

Der Textilarbeiterstreik in Frankreich. Am Freitag nachmittag sind die Vertreter der Unternehmerverbände des Textilgewerbes und der freitenden Arbeiter vom Arbeitsminister neu empfangen worden. Die Vertreter der Unternehmer haben erklärt, daß sie über das Zugeständnis einer Lohnherabsetzung um 10 Ratt Ratt 20 Centimes die Stunde nicht hinausgehen könnten.

Zweiter Volksbühnentag

Am 1. und 2. Oktober fand in Eisenach der zweite Vertretertag der deutschen Volksbühnenvereine statt, der außerordentlich zahlreich besetzt war. Vertreter der preussischen wie der großhürnigsten Staatsregierung begrüßten die Tagung und würdigten die Bedeutung der Volksbühnenbewegung. Der Bericht des Generalsekretärs Dr. Kestriepte ließ erkennen, daß sich unter der Einwirkung des im vorigen Jahre begründeten Verbandes der deutschen Volksbühnenvereine zahlreiche neue Organisationen bildeten, so daß heute in mehr als 30 Städten Volksbühnen bestehen und ihren fast 300 000 Mitgliedern regelmäßig gegen Entlohnung eines einheitlichen geringen Beitrages künstlerisch hochwertige Theateraufführungen — teils in eigenen Bühnenhäusern, teils in den bestehenden Stadt- und sonstigen Theatern — zugänglich machen.

Dr. Ludwig Seelig, Referent im Preussischen Kultusministerium, behandelte sodann in einem anregungsreichen Vortrag die Notwendigkeit und die gegebenen Möglichkeiten einer Förderung der Volksbühnenbewegung durch Gesetzgebung und Behörden. Er lehnte sich besonders für eine Besteuerung der Volksbühnenvereine von allen Steuern und von jeder polizeilichen Konzessionspflicht ein und forderte Heranziehung von Vertretern der Bewegung zu allen Beratungen über Theaterfragen. Nur eine ständige Ausbreitung und Erhaltung der Volksbühnenbewegung könne das deutsche Theater vor seinem Zusammenbruch retten.

Karl Bröger, Kürnberg, und Richard Seidel, Berlin, behandelten das Thema „Volksbühne und Weltanschauung“. Seidel wies die Bedenken der „proletarischen“ Theater nach, so lange es noch keine proletarische Kunst gebe und geben könne. Wie es ein Wahnsinn wäre, im Interesse des Sozialismus zunächst die Zerstörung aller Maschinen der heutigen Wirtschaft vorzunehmen, so wäre es ein Unsin, dem Proletariat die Schätze der bürgerlichen Kunst verschließen zu wollen, die es als Material für den Aufbau seiner neuen sozialistischen Kultur gar nicht entbehren könne. Mit Entschiedenheit lehnte er aber erst recht die Bestrebungen des Bühnenvolksbundes auf Schaffung „artificialer“ Theatergemeinden ab, die nur Scheinbar den Gemeinschaftscharakter zu verwirklichen suchten. Bröger wies auf die Verwandtschaft der Volksbühnenbestrebungen mit dem sozialistischen Kulturziel, eine Erhebung aller Schaffenden, hin, und betonte ihren Beruf, die gemeinliche Rat der Massen von heute in gemeinsame Freude zu wandeln. Von diesem Gesichtspunkte aus wandte er sich besonders gegen die Bemühungen des Bühnenvolksbundes, die Volksbühnenbewegung „Wiedergeburt“ des mittelalterlichen kirchlichen Dramas nuzbar zu machen, das für unsere Zeit gar nicht wiederzuerwecken sei. Beide Redner kamen zu dem Schluß, daß allein richtig der Weg sei, der von den im Verbande vereinigten Volksbühnenvereinen eingeschlagen sei, mit dem Ziele, den Massen des Volkes in ihrem Ringen nach sozialem und kulturellem Streben behilflich zu sein, aber durch Vermittlung von wahrhaftigen Kunstwerten ohne jede weltanschauliche Begrenzung. — Ihren Abschluß fand die Tagung

durch zwei anregende Vorträge von Madeleine Lüders, Hamburg, und Hermann Schwein, München, über „Künstlerische Probleme der Volksbühne“. — Vorort des Verbandes der deutschen Volksbühnenvereine wurde wieder Berlin, Vorsitzender Kurt Baake, Generalsekretär Dr. E. Kestriepte, Berlin.

Kurfürstendamm-Theater

Das alte Ausstellungsgebäude der Sezession am Kurfürstendamm ist in ein kleines Theater umgewandelt. Oscar Kaufmann hat es umgebaut, César Klein hat es ausgemalt, Walter Keger hat es mit allerlei Skulpturen — wie soll ich sagen? nun, sagen wir: ausge schmückt. Das Resultat ist sehr modern, sehr neu (die Farbe geht noch ab; man darf sich nicht antehnen), aber leider sehr häßlich.

Mit sehr raffinierten, seltenen Farben und Farbchen: Rosa, Aeseda, Blau, viel Silber und sechs verschiedenen Grün hat man alles angestrichen. Kunstvoll hat man die Beleuchtungskörper an allerlei verborgene Stellen versteckt, von wo aus sie magisch um die Ecke strahlen. Kunstvoll hat man kleine Logen in die Wände eingelassen und Skulpturen blau und grau und silbern in die Ecken gestellt, und auf die Gemälde geklebt; und von der Decke hängen Troddeln aus Holz, und Klankern aus Holz, und Tropfsteinengebäude aus Holz, und alle sind blau, rot und rosa angestrichen. Das ganze Theater ist rund, und die Logen könnten gleich anfangen, sich zu drehen, und man könnte denken, man läge in einem Karussell. Aber es ist kein Karussell von der guten, alten Art: bunt, leichtsinnig und fidel; es ist ein vornehmes, präntzliches, langweiliges Karussell, das sich nicht einmal dreht. Nach zehn Jahren wird man all die überflüssigen und inzwischen wieder ganz unmodern gewordenen Rinkelstücken abmontieren — und dann wird vielleicht ein ganz nettes, kleines Theaterchen überbleiben. Dann wird vielleicht auch die Musik besser sein, die heute miserabel ist.

Nachdem ein kleines Orchester Schubert gespielt hatte (ein Fortschritt wäre passender gewesen), kam das eigentliche Stück: „Ingeborg“, ein Spiel in drei Akten von Kurt Götz. Das ist ein harmloser kleiner Scherz, der vielleicht eine Stunde lang unterhalten würde. Unter der Regie von Eugen Robert, der sonst nicht unbegabt ist, dehnte man diese Harmlosigkeit in einem Schneckentempo über Stunden aus. Ich bin in der zweiten Pause weggegangen. Wenn jemand mal nachsehen will — vielleicht spielt man noch heute?

Das Publikum, das durch die Musik von Schubert empfindlich in seiner Unterhaltung gestört wurde, hatte sich sehr fein gemacht; alles in großer Abendtoilette. Ich dachte im Stillen: Ist es Zufall, daß man so wenig sympathische Gesichter sieht? So selten er die Gesicht, das man kennen lernen, mit dem man sprechen möchte?

In der Untergrundbahn litt mir gegenüber ein Mann, der von der Arbeit kommt; seine Hände sind schmutzig, seine Kleider sind schmutzig, er sieht mit seinen müden Augen vor sich hin. Da weiß ich, daß es kein Zufall ist, daß unter dem Publikum dieses Theaters so wenig sympathische Gesichter zu finden sind.

Das kleine Zunderbäder-Theater, dessen Plätze zwei- oder gar dreihundert Mark kosten, ist eine Angelegenheit des Kurfürstendamms. Wir — haben nichts mit ihm zu tun. Hans Siemsen

** Fortschritte in der Helium-Erzeugung. Vor kurzem ereigte die Explosion des englischen Riesenschiffes „R 38“, bei der 49 Personen den Tod fanden und nur fünf mit dem Leben davonkamen, mit Recht Aufsehen und Entsetzen. Es wäre wünschenswert, vom Bau von Luftschiffen abzusehen, solange nicht die Ursache beseitigt ist, die immer wieder zu solchen Katastrophen führen muß. Diese Ursache ist die Verwendung von Gasen, die nicht explosionsfähig sind, zur Füllung des Ballonkörpers. Ein explosionsfähigeres Gas ist das Helium, das allerdings bis jetzt außerordentlich kostspielig war. Nunmehr ist es aber, wie amerikanische Fachzeitungen berichten, gelungen, die Herstellungskosten dieses Gases auf den fünften Teil der früheren Kosten herabzumindern. Ein internationales Abkommen, das die Verwendung von Helium-Gas für Luftschiffahrtswende obligatorisch macht, wäre ein begrüßenswerter Fortschritt.

Die Berliner Schauspielerbewegung. In der Führung der Berliner Schauspielerschaft ist durch Neuwahl ein Wechsel eingetreten. Das Mitglied des Deutschen Theaters Ludwig Körner ist für die Spielzeit 1921-22 zum Bezirksobmann, Oberpielleiter Karl Reissen (Volksoperette Walthalla-Theater) und Schauspielere Emil Kamelof (Kotter-Bühne) zu Vizeleitern des Bezirksverbandes Berlin der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger gewählt worden. — Die Berliner Schauspielerschaft steht zurzeit in Tarifverhandlungen mit den Direktoren, um die Entlohnung der Darsteller und des Bureaupersonals der neuen Teuerungswelle anzupassen. Diese Verhandlungen, die seit 14 Tagen durch den Bezirksobmann geführt werden, stehen, wie wir hören, vor einem befriedigenden Abschluß.

Tages-Notizen

- Eröffnungsgedäch der Volksbühnenvereine Groß-Berlin.** Die Arbeitsschritte 1921-22 am veranschaulicht Mittwoch um 1/2 Uhr einen Eröffnungsgedäch im Schauspielhaus, unter Leitung des Generalsekretärs Dr. E. Kestriepte. In der Nacht des Wissens. Der Eröffnungsgedäch ist allgemein frei zugänglich.
- Schloßmuseum.** Um der immer zunehmenden und von der Polizei beanstandeten Überfüllung des Schloßmuseums an dem bisher einrichtungslos Mittwochs nachmittag, soll bis auf weiteres am Mittwoch ein Eintrittsgeld von 1 Mk. erhoben werden.
- Kunstausstellungen.** Bei Paul Cassirer wird die diesjährige Kunstausstellung am 17. 10. mit einer Sonder-Eröffnung, von Georg Kreisgrünitz, eine umfassende Übersicht über die Schaffen in den letzten zehn Jahren. Es wird eine große Anzahl bisher noch nicht ausgestellt Arbeiten gezeigt.
- Theater.** Das jüdische Künstler-Theater hat die dramatische Komödie „Zwischen zwei Welten von G. Kreisgrünitz“ zur Eröffnung erkorben. Das Stück, das im Schauspielhaus Mittwochs und die Nacht des Wissens behandelt, wurde schon in New York und Warschau mit großem Erfolg aufgeführt. Das Stück erregt in der Uebersetzung von Frau Kugel Berlin „Oh und Welt“.

Das Komödienspiel von Venedig

Die Brandstifter und ihre Helfer

Eine offiziöse Meldung aus Rom kündigt für heute die Abreise des italienischen Ministers Della Torretta nach Venedig an, wo er mit den österreichischen und ungarischen Delegierten über die italienische Vermittlung in der Burgenlandfrage beraten will. Gleichzeitig sind auch der österreichische Bundeskanzler Schober und der ungarische Außenminister Bethlen nach Venedig abgereist.

Die Konferenz in Venedig ist nichts weiter als ein Possenspiel. Der Wortlaut des Friedensvertrages verlangt klar und deutlich die Räumung des rein deutschen Burgenlandes und seine Angliederung an Oesterreich. Seit Wochen ist diese Forderung von den Entente-Regierungen an die Budapest-Regierung gerichtet worden, doch diese hat sich höhnisch über diese Forderung hinweggesetzt und gemeinsam mit den reichsdeutschen Monarchisten eine Armee von 40 000 Mann in Westungarn konzentriert. Seelenruhig sehen die Ententegenerale in Ungarn zu, wie Horthy die Landsknechtsbanden in Burgenland mit Geld, Waffen, Munition und Verstärkungen versorgt. Ruhig lassen sie es auch geschehen, daß die reichsdeutschen Monarchisten, die den Mittelbader auf den Thron bringen wollen, nach Tirol und Westungarn strömen, um gemeinsam mit Horthy eine Keimzelle der Monarchie ins Leben zu rufen. Die Bestrebungen der tschechoslowakischen und jugoslawischen Regierungen, rechtzeitig gegen das neue Kriegsbündnis Horthys eingzugreifen, sind von der Entente unterbunden worden, während Deutschösterreich mit allen Mitteln daran gehindert wurde, gegen die Banditen Horthys so vorzugehen, wie sie es verdienen.

In dieser Situation veranstaltet die italienische Regierung die Konferenz in Venedig, um dort zwischen Oesterreich und Ungarn zu vermitteln. Man kennt den Zweck dieser Vermittlungskaktion. Italien betrachtet Ungarn als einen möglichen Verbündeten gegen Jugoslawien. Darum hat es alles verhindert, was Ungarn zur Vertragserfüllung zu zwingen geeignet wäre, darum hat es die Aktion der Jugoslawen und der Tschechen durchkreuzt, darum sucht es auf Deutschösterreich einen Druck auszuüben, der es ermöglichen soll, den Konflikt mit einer Stärkung Horthys-Ungarns zu beenden.

Das machiavellistische Doppelspiel der italienischen Diplomatie findet aber seine Ergänzung noch nach einer anderen Seite. Angefeuert durch die Intimität zwischen Italien und der Horthy-Regierung, suchen sich auch die alldeutschen Umstürzler in Tirol die Haltung der italienischen Regierung zunutze zu machen. Wir wiesen schon darauf hin, daß die in Tirol versammelten Kappistenführer den Plan hegen, eine „unabhängige“ Republik Tirol auszurufen, die den Grundstein für eine neue Mittelbader Monarchie bilden soll. Der Bericht einer gutunterrichteten politischen Persönlichkeit in Tirol an den Pariser „Matin“ bestätigt die Einzelheiten, die über den monarchistischen Putschplan in den letzten Tagen in der deutschen Presse veröffentlicht wurden, und fügt zu diesen Mitteilungen noch die wichtige Einzelheit hinzu, daß der alldeutsche Plan auch eine Annäherung an Italien vorsehe. Die Ludendorff-Leute, die in Tirol agieren, suchen die stillschweigende Unterstützung Italiens zu gewinnen, indem sie von einer engeren wirtschaftlichen Verbindung mit Italien fesseln, wenn ihre weitreichenden Pläne verwirklicht werden. Ob von italienischer Seite den Tiroler Verschwörern Entgegenkommen gezeigt worden ist, mag dahingestellt bleiben. Tatsache ist aber jedenfalls, daß die italienische Regierung durch ihre Haltung Ungarn gegenüber schon jetzt zum stillen Verbündeten der alldeutschen Monarchisten geworden ist.

Es ist notwendig, auf diese Zusammenhänge hinzuweisen, weil die anscheinend unbedeutenden und lokal begrenzten Konflikte in Westungarn und Tirol von weittragender internationaler Bedeutung sind und auf die innenpolitischen Verhältnisse Deutschösterreichs und Deutschlands zurückwirken können. Es geht nicht an, daß diese schwerwiegenden Fragen nur das Diplomatenspiel auf der Konferenz in Venedig noch weiter verschleppt werden. Jede Verschleppung und Vertuschung bedeutet nur eine Verschärfung der Situation. Deshalb ist es jetzt in erster Linie Sache des italienischen Proletariats, sich um die reaktionären Extratouren des italienischen Außenministers zu kümmern, um zu verhindern, daß die angeblich „demokratische“ italienische Regierung als Schrittmacherin der monarchistischen Konterrevolution in den Mittelmächten fungiert.

Die Panikstimmung in Oesterreich

Wien, 10. Oktober.

Wie die „Politische Korrespondenz“ mittelt, erklärt die österreichische Regierung eine ernste Mahnung an die Bevölkerung, in der diese vor überstürzten Anlässen gewarnt und auf die Kreditaktion der Ententemächte hingewiesen wird. Die Regierung nimmt gegen die Panikstimmung Stellung und erklärt die Situation als keineswegs hoffnungslos. Das Selbstvertrauen des Volkes müsse steigen, der Kurs der Krone entspreche keineswegs der wirtschaftlichen Lage des Landes. Was die Gerüchte über einen politischen Umsturz betreffe, so würden etwaige Versuche einiger Witzköpfe, die schwierige Lage durch unbedachte Abenteuer auszunutzen, sofort zum Scheitern gebracht werden, da die Regierung den festen Willen hat, mit allen Mitteln solchen Desperados entgegenzutreten.

Die Hilfsaktion für Rußland

Beschlüsse der Ententekonferenz

Brüssel, 8. Oktober.

Die Internationale Hilfskonferenz für Rußland nahm fünf Resolutionen an und beendete damit ihre Arbeiten. Die erste Resolution erklärt, daß die durch die Hungersnot hervorgerufenen Verheerungen unter der russischen Bevölkerung derart schwer sind, daß die Konferenz ein sofortiges materielles und finanzielles Zusammenarbeiten der verschiedenen Regierungen für notwendig hält, um durch ein ausschließlich humanitäres und charitatives Hilfswert die privaten Organisationen zu unterstützen. Eine strenge Kontrolle durch die Vertretungen der Mächte in Rußland sei aber unerlässlich. Die zweite Resolution bestimmt, daß die Regierungen und privaten Organisationen aufgefordert werden sollen, bis zum 1. November sich über die Bedeutung ihres Zusammenarbeitens zu äußern. Die dritte Entschließung legt vor, daß eine Mission nach Rußland entsandt wird, um über die tatsächliche Lage Bericht zu erstatten. Die vierte Resolution lenkt die Aufmerksamkeit der Fürsorge des Roten Kreuzes auf die Rettung der großen Zahl russischer Kinder, und zwar durch Methoden, welche die Gefährdungen von Roten Kreuz für die besten halten werden. Die fünfte Entschließung erklärt, daß vor der Gewährung von Krediten die Regierungen die Anerkennung der bestehenden Schulden und der anderen Verpflichtungen, die aus der Verantwortlichkeit der russischen Regierung resultieren, durch die Sowjetregierung fordern werden. Außerdem sollen ent-

sprechende Garantien für alle gewährten Kredite gegeben werden. Die Konferenz legt Wert darauf, zu erklären, daß sie beim Fassen dieser Beschlüsse sich von der Verfolgung keines politischen Zieles hat leiten lassen, und daß die Mittel, deren Anwendung sie verleiht, die einzigen sind, die Garantien für die Linderung des Elends in Rußland und für die Vorbeugung einer Wiederholung bieten.

Die italienische Delegation machte hinsichtlich der Anerkennung der Schulden durch die Sowjetregierung Vorbehalte.

Bulgariens Hilfe

Die bulgarische Regierung fachte folgende Beschlüsse zugunsten der Hungernden in Rußland: 1. Alles für die Hungernden bestimmte Getreide aus Bulgarien passiert soll und frachtfrei die Grenze. 2. Sämtliche Wohltätigkeitskomitees Bulgariens werden ermächtigt, Sammelstellen von Geld, Getreide- und Kleidungsgegenständen für die Hungernden einzurichten. 3. Die lokalen Behörden sind angewiesen, diesen Wohltätigkeitsinstitutionen, sowie den Vertretern des Roten Kreuzes jede Unterstützung zu gewähren. 4. Die bulgarische Regierung ist bereit, 20 000 Hungernde aus Rußland bei sich aufzunehmen.

Bürgerrat, Santabund und Hausbesitzer finanzieren den Wahlkampf der bürgerlichen Parteien.

Sie haben sich verpflichtet, in der künftigen Stadtverordnetenversammlung nur die Interessen des Großkapitals und des Hausbesitzes zu vertreten.

Eine bürgerliche Mehrheit bedeutet deshalb neue Lasten für die Minderbemittelten.

Die Unabhängige Sozialdemokratie dagegen kämpft gegen Steuerdruck, Preissteigerungen und Mieterhöhungen. Der beste Schutz für die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist deshalb am 16. Oktober die Wahl der Kandidaten der

Unabhängig. Sozialdemokratie

Polens Finanzelend

W. Warschau, 8. Oktober.

Der polnische Finanzminister Michalski hat vor dem Seim seine längst erwartete Rede über die Lage der polnischen Finanzen gehalten. Er wies auf die schwierige finanzielle Lage Polens hin und sagte, daß die Finanzkrisis zu einer Staatskrisis geworden ist. Die Schulden des Staates im Innern werden am Ende dieses Jahres die ungeheure Summe von 180 Milliarden polnische Mark erreichen. Noch viel schlimmer sieht es aber mit den Staatsschulden gegenüber dem Auslande. Dieselben betragen gegenwärtig 3 1/2 Milliarden französische Franken, d. h. 1500 Milliarden polnische Mark. Die Industrie erhält wegen Mangel an Geld keinen Kredit, die Banken haben keine Mittel und deshalb droht vielen Fabriken die Schließung.

Als Mittel zur Behebung des Finanzelends empfahl der Minister neben der Verringerung der Militärausgaben und des Abbaues des Beamtenapparats (Polen besitzt gegenwärtig fast 1/2 Million Staatsbeamte), die Abschaffung des Achtstundentages und die Einführung eines weitverzweigten Steuersystems. Von allen diesen Vorschlägen ist unter den herrschenden Verhältnissen wohl nur die Abschaffung des Achtstundentages ernst zu nehmen, da die übergroße Mehrheit der bürgerlichen Parteien weder auf den Militarismus noch auf ihre Vorzugsstellung im Staate verzichten wird.

Mörderzentrale und Polizeidirektion

Durch den Rücktritt des Polizeipräsidenten Voehner und des Leiters der politischen Abteilung, des Oberamtmanns Fria, sind einige Stellen im Münchener Polizeipräsidium neu besetzt worden. Bei dieser Gelegenheit erhielt Regierungsrat Bernreuther die Leitung der politischen Abteilung. Bernreuther war aber die rechte Hand des Oberamtmanns Fria und ist Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Diese Halentreuzorganisation unterhält die engsten Beziehungen zum Freikorps Oberland, viele ihrer Mitglieder gehören gleichzeitig dem Freikorps an, das durch die letzten Entschlüssen als Mörderzentrale entlarvt wurde. Es besteht der dringende Verdacht, daß der jetzige Leiter der politischen Abteilung in der Münchener Polizeidirektion Kenntnis davon hat, auf welche Weise das Freikorps Oberland ständig von der Polizeidirektion über Material unterrichtet wurde, das gegen das Freikorps vorliegt. Bernreuther kennt auch wahrscheinlich die Zusammenhänge zwischen der Polizeidirektion und der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und weiß, warum sich diese Terrorbande stets des Wohlwollens der Polizei erfreute. Wenn ein Systemwechsel in der Handhabung der Polizeigewalt eintreten soll, dann muß Bernreuther sofort von seinem Posten entfernt werden!

Der vielseitige Dr. Heim

Der Führer der bayerischen Volkspartei, Dr. Heim, ist nicht nur ein recht betriebamer, sondern auch ein sehr vielseitiger Herr. Er ließ sich mit der Käsepublik und intrigulierte für die Wiedereinsetzung der Wittelsbacher. Er schimpfte über die Saupreuden und verprechtete sich mit Ludendorff, er zieht gegen den Wucher los und propagiert den Wucher der Landwirtschaft, er ist großdeutsch und hatte heimlich Konferenzen mit Offizieren, deren Ziel ein entgegengesetztes war, kurz, Heim kann so und anders. Und geschäftstüchtig ist er auch, wie eine kleine Anfrage beweist, die von sozialdemokratischer Seite an die Reichsregierung gerichtet worden ist. In dieser Anfrage wird um Auskunft gebeten, welche Bewandnis es mit der Ankündigung der Einkaufszentrale bayerischer Kolonialwarenhandlender hat, wonach diese Vereinerung durch Vermittlung des Geheimrats Dr. Heim und des Herrn Schlittenbauer Südtiroler Weine herbeigeführt wird, obwohl die Weineinfuhr seit dem 31. März 1921 gesperrt ist.

Ein Zuchthausurteil. Das Dehauer Schwurgericht fällt nach dreitägiger Verhandlung das Urteil gegen zehn der kommunistischen Arbeiterpartei angehörende Arbeiter, die sich im März d. J.

im Zusammenhang mit den Märzunruhen einer Dynamitverpflanzung schuldig gemacht haben sollten, deren Zweck es war, die mehrheitssozialdemokratische „Vollsmacht“ in Bernburg und eine Eisenbahnbrücke in der Nähe dieser Stadt in die Luft zu sprengen. Der Vorsitzende der R. A. P. D. in Bernburg, der 23jährige Arbeiter Brandenburger, als Führer, wurde zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Gegen fünf weitere Angeklagte wurde auf Zuchthausstrafen von 1 1/2 bis 7 Jahren erkannt. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

Schiffszusammenstoß in der Nordsee

EE. London, 10. Oktober.

Ein furchtbares Schiffunglück hat sich zwischen Schottland und Irland im Nordatlant abgepielt. Ein von Glasgow nach Liverpool fahrender Dampfer „Rowand“, der von Glasgow kam und 6 Uhr abends in Greenock angelangt war, mit einem kleinen amerikanischen Schiffe, der „West-Camad“ zusammen, die aus San Francisco kam und sich nach Glasgow begeben wollte. Die „Rowand“ konnte den Hafen von Greenock nicht erreichen. Obwohl sie durch den Zusammenstoß mit der „West-Camad“ nur am Bug ein Loch bekam und Wasser fing, wäre es ihr doch gelungen, aus eigener Kraft den Hafen zu erreichen, wenn sie nicht von einem 2. Schiffe, der „Glan Malcolm“, von 3742 Tonnen mit voller Fahrt engeraumt worden wäre. In zwei Stunden war die „Rowand“ gesunken. An beiden Zusammenstößen war der dicke Nebel, der herrschte, schuld. Die Schuppen konnten nicht mehr zu Wasser gebracht werden; viele Schiffbrüchige klammerten sich an Balken fest. Mittlerweile trafen zwei funktentelegraphisch herbeigerufene Schiffe zur Hilfeleistung ein. Eines von ihnen fischte 17 Lebewende und Weichen auf, das andere rettete 26 Schiffbrüchige, und der kleine amerikanische Dampfer, mit dem die Rowand den ersten Zusammenstoß hatte, 20. Im ganzen wurden 77 Personen gerettet. 13 Mann der Besatzung, darunter der Kapitän, ertranken.

Erhöhte Fahrpreise im Stadt- und Vorortverkehr

Die neuen, vom 1. Dezember ab geltenden Fahrpreise im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr sind schon festgelegt worden. Wie im Güterverkehr und auch im Fernverkehr betragen die neuen Preise für die Einzelfahrkarten etwa 30 vom Hundert mehr als bisher. Danach wird auf der Stadt- und Ringbahn die Fahrkarte zweiter Klasse (geltend zur Fahrt auf der ganzen Stadt- und Ringbahn) 1,50 M. und in der dritten Klasse 1 M. kosten.

Die Preise für die Monatskarten im Stadt- und Ringbahnverkehr werden sich auf 40 M. in der zweiten Klasse, und auf 25 M. in der dritten Klasse stellen, die Schülermonatskarten kosten zweiter Klasse 20 M. und dritter Klasse 13 M., die Wochenkarten dritter Klasse 6,50 M. Demgemäß stellt die neue Erhöhung der Zeitkartenpreise den zum 1. Juli in Aussicht genommenen Zustand wieder her, da die Zeitkartenpreise (Monatskarten), die am 1. Juli eingeführt worden sind, mit Wirkung vom 1. September d. J. ermäßigt worden sind, und zwar durch die Einführung eines sogenannten Notstandsstarifes, bei dem die Preise um 25 vom Hundert ermäßigt.

Ähnlich wie bei den Einzelfahrkarten des inneren Stadtbahnverkehrs werden auch die Fahrpreise für die Einzelfahrkarten im Vorortverkehr um 30 vom Hundert erhöht. Die Preise für die Beförderung von Fahrzählern sollen vollständig unverändert bleiben. Die Preise für die Monats- und Schülermonatskarten werden um 25 Prozent erhöht. Wochenkarten kosten den vierten Teil des Preises der Monatskarten 3. Klasse für die gleiche Entfernung, so daß sich der Mindestpreis von 5 M. auf 6,50 M. erhöht.

Der Streik im Gastwirtsgerwe

Heute fanden sechs große überfüllte Versammlungen des Kartells der Arbeitnehmer im Gastwirtsgerwe statt, in denen Bericht über den günstigen Stand des Streiks und über neue Terrorakte der Unternehmer gegeben wurden. (Wir kommen auf die letzteren noch zurück. Red. d. „Fr.“)

Die Versammlungen der Streikenden und Ausgesperrten erklärten sich mit der Haltung des Kartells und den von ihm getroffenen Maßnahmen einverstanden. Die Streikenden sind sich darüber klar, daß es sich im jetzigen Kampf um Leben oder Sterben der Organisationen handelt. Eine starke Organisation ist die selbstverständliche Vorbedingung zur Erreichung von auskömmlichen Lohn- und menschenwürdigen Arbeitsverhältnissen. Durch Annahme einer Resolution in diesem Sinne in sämtlichen Versammlungen gelobten die Streikenden treu auszuhalten und nicht eher in die Betriebe zu gehen, bis alle Forderungen restlos erfüllt sind.

Damit sind die Forderungen der bürgerlichen Presse über angebliche Abspaltungen von der Streikfront genügend gekennzeichnet. Im Polizeipräsidium wurde eine interministerielle Stelle geschaffen, die bei Störungen der öffentlichen Ordnung eingreifen soll. Dieser Kommission gehört je ein Mitglied der Unternehmer, Arbeiter und der Polizei an.

Ein Liter Bier — 5.60 Mark

Der Kampf um den Bierpreis zwischen Gastwirten und Brauereien ist zu Ende. Beide Parteien haben sich geeinigt, der leidtragende Teil ist dabei wieder der Konsument. Der neue Mindestpreis, der am 15. Oktober in Kraft tritt, beträgt 5.60 M. pro Liter. Er gilt in den Gastwirtschaften der Gruppe I, zu denen alle einmischen Lokale gehören. In den höheren Gruppen beträgt der Literpreis 7, 8 und 9 M.

Warum gibt es keinen Zuder?

Wie das städtische Nachrichtenamt mittelt, beruht die zur Zeit in Berlin eingetretene Zudernappheit nicht auf mangelnder Vorräte des Magistrats. Durch Verfügung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft ist die Zwangswirtschaft für den Zuder der neuen Ernte bereits aufgehoben worden. Die der Stadt zur Verfügung gestellten Vorräte der alten Ernte sind aufgebraucht worden. Für die Übergangszeit bis zum Eintreffen des Zuders der neuen Ernte ist der Stadt Berlin trotz aller dringenden Vorstellungen, daß die Bevölkerung unter keinen Umständen längere Zeit ohne Zuder gelassen werden dürfe, von den zuständigen staatlichen Stellen Zuder aus den dort vorhandenen Beständen nicht zur Verfügung gestellt worden. Lediglich auf die zu geringe Aufhebung der Zudernappheit ist es zurückzuführen, daß Berlin ohne Zuder ist.

Wenn nun begünstigt mitgeteilt wird, daß bis Mitte Oktober ausreichende Mengen an Zuder der Bevölkerung zur Verfügung stehen werden, so mag dies richtig sein. Ebenso richtig aber ist, daß sie dann nur im freien Handel, mit anderen Worten: zu gepfefferten Preisen zu haben sein werden.

Neue Kleinfahrten

Für die Anwohner der Ortschaften und der Vororte sind Kleinfahrten vorgeschrieben worden. Eine große Karte A 14 für die Kleinfahrten und Weiterentwicklung und eine große Karte B für die Selbstversicherung und ihre Fortsetzung. Auf der großen Karte findet man an Stelle der §§ 1424, 1425 und 1496 der Reichsversicherung die Angaben, wer zur Selbstversicherung nach § 121 bis zum vollendeten 40. Lebensjahre berechtigt ist. Es sind die Betriebsbeamten, Werkmeister und andere Angestellte in ähnl.

